

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Bremen: das Armenhaus der Bundesrepublik Deutschland? Konsequenzen aus den vom Bundesamt für Statistik vorgelegten Zahlen zur Armutsgefährdungsquote im Land Bremen ziehen

Die Armutsgefährdung der Menschen in Deutschland lag nach einer im September 2012 vorgelegten aktuellen Erhebung des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2011 („Leben in Europa 2011“) in den meisten Bundesländern über dem Niveau des Jahres 2010. Mehr noch: Das Statistische Bundesamt stellt für das Land Bremen mit 22,3 % bundesweit die höchste Armutsgefährdungsquote fest (Zum Vergleich: In Baden-Württemberg beträgt die Quote 10,6 %, in Bayern 11,4 %. Stadtstaaten: Berlin 19,7 %, Hamburg 15,7 %.).

Diese erschreckenden Ergebnisse gehen aus aktuellen Berechnungen auf Basis des Mikrozensus für das Jahr 2011 hervor, die von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im Rahmen des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ durchgeführt wurden. Gemäß der Definition der Europäischen Union gelten Menschen als armutsgefährdet, die mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen müssen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2011 galten im Jahr 2011 Einpersonenhaushalte in Deutschland mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 848 € als armutsgefährdet. Die Grundlage der veröffentlichten Armutsgefährdung ist die Armutsgefährdungsschwelle auf Bundesebene, die für Bund und Länder einheitlich ist und somit einen regionalen Vergleich ermöglicht.

Und die aktuellen Statistiken zur Armutsgefährdungsquote sind nur ein erneuter Hinweis auf die im Bundesvergleich besonders schwierige sozio-ökonomische Lage vieler Bürgerinnen und Bürger im Land Bremen:

- Das Land Bremen ist mit einer Quote von 29,2 % das Bundesland mit dem zweithöchsten Prozentsatz an Kindern und Jugendlichen, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, knapp hinter Berlin (33,6 %) und vor dem Ruhrgebiet (25,6 %). Bremerhaven ist die Stadt mit dem deutschlandweit höchsten Prozentsatz (40 %) (Studie Paritätischer Wohlfahrtsverband 2011).
- Das Land Bremen hat die höchste Quote aller Bundesländer an überschuldeten Mitbürgerinnen und Mitbürgern (13,48 %), Bremerhaven ist die Stadt mit der höchsten Quote (18,06 %).
- Bremen hat bundesweit den größten Anteil von Alleinerziehenden (meistens Frauen) in Hartz-IV-Bezug (59 %).
- Bremen hat bundesweit den größten Anteil an Leiharbeit (Studie der Arbeitnehmerkammer von 2011).
- In der UNICEF-Studie (2011) zu kindlichem Wohlbefinden in Deutschland liegt das Land Bremen mit weitem Abstand auf einem bedrückenden letzten Platz.

Der „Weser-Kurier“ berichtet in seiner Ausgabe vom 24. Oktober 2012, dass Sozialverbände als Konsequenz aus den vorliegenden Zahlen unisono eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze fordern. Weder die derzeit geltenden Hartz-IV-Sätze noch die Grundversicherung im Alter seien ausreichend, konstatiert beispielsweise der Paritätische Wohlfahrtsverband.

Angesichts der aktuellen Zahlen aus dem Bundesamt für Statistik fragen wir den Senat:

1. Wie hat sich aus Sicht des Senats das Armutsrisiko in Bremen in den vergangenen zehn Jahren entwickelt? Bitte aufschlüsseln nach Altersgruppen, Geschlecht, Lebenssituation (Bildungsgrad, Familien/Alleinerziehende, Singles).
2. Welche Maßnahmen hat der Senat in der laufenden Legislaturperiode unternommen, um das stetig wachsende Armutsrisiko – besonders von Kindern und Jugendlichen – in Bremen und Bremerhaven zu mindern?
3. Welche Initiativen hat der Senat im Bundesrat ergriffen (oder Bundesratsinitiativen anderer Bundesländer unterstützt), um die Bundesregierung aufzufordern, der wachsenden Armut großer Teile der Bevölkerung aktiv entgegenzuwirken?
4. Inwieweit wurden dabei Forderungen, die im „Armuts- und Reichtumsbericht – Lebenslagen in Bremen“ von 2009 aufgelistet sind, berücksichtigt?
5. Welche konkreten Ergebnisse seiner Maßnahmen kann der Senat angesichts einer Armutsgefährdungsquote von derzeit 22,3 % im Land Bremen benennen?
6. Welche Projekte plant der Senat künftig angesichts der Tatsache, dass ca. zwei Drittel aller Erwerbslosen armutsgefährdet sind?
7. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass diverse Programme zur Förderung von Frauen und von alleinerziehenden Müttern zum Jahresende 2012 auslaufen werden, fragen wir den Senat, durch welche Maßnahmen er diese Programme ersetzen wird?
8. Welche Haushaltsmittel wurden in der laufenden Legislaturperiode – neben den gesetzlich vorgeschriebenen Transferleistungen – zur Bekämpfung von Armutsrisiken aufgewendet?
9. Welche sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Instrumente hält der Senat für sinnvoll und notwendig, um der gegenwärtigen Entwicklung des Armutsrisikos sinnvoll entgegenzuwirken?
10. Welche Sofortmaßnahmen wird der Senat einleiten angesichts der Tatsache, dass nahezu 40 % aller armutsgefährdeten Personen der Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahren angehören?
11. Wie beurteilt der Senat die Forderung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nach einer Erhöhung der Hartz-IV-Sätze und der Grundsicherung im Alter? Falls der Senat diese Forderung unterstützt: Wie stellt sich der Senat die gesetzliche Umsetzung vor?

Peter Erlanson,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE